

Vorlage für die Sitzung des Senats am 11. Dezember 2018

„Beitritt Bremens zur Initiative Solidarity Cities“

A. Problem

Bremen setzt sich bereits seit Langem für die frühzeitige und nachhaltige Integration von Geflüchteten ein und nutzt in diesem Sinne vorhandene Spielräume beispielsweise durch die Bereitstellung kommunaler Sprachkurse für Menschen im Asylverfahren, durch die aufenthaltsrechtliche Absicherung von Menschen in Ausbildung und Einstiegsqualifizierung oder durch die Bereitstellung der elektronischen Gesundheitskarte für AsylbewerberInnen sowie die Humanitäre Sprechstunde.

Angesichts aktueller gesellschaftspolitischer Entwicklungen ist das Bekenntnis für eine offene und freie Gesellschaft zu unterstreichen. Der fachliche Austausch unter europäischen Kommunen, die sich den Zielen einer nachhaltigen Integrationspolitik verpflichtet fühlen kann dabei helfen.

B. Lösung

Bremen ist eine weltoffene und lebenswerte Stadt. Dazu hat in den vergangenen Jahren sowohl die aktive Integrationspolitik des Bremer Senats beigetragen, als auch eine Vielzahl von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Initiativen und Personen, die den gelingenden Umgang mit der Zuwanderung der letzten Jahre in Bremen wesentlich geprägt haben. Indem der Senat insbesondere bei der Integration Geflüchteter das Miteinander in einer offenen Gesellschaft zum Maßstab seines Handelns gemacht hat, hat er einen wesentlichen Beitrag geleistet, um in Bremen ein Klima der Toleranz und des Miteinanders zu erhalten und zu pflegen. Er ist damit allen Kräften, die Vielfalt und Zuwanderung verunglimpfen sowie ein solidarisches Miteinander untergraben, entgegengetreten und hat zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure, die sich mit ihrem Engagement gegen ausländerfeindliche Diskurse wenden, gestärkt.

Mit dem Beitritt zur Initiative Solidarity Cities kann der Senat dieses Engagement weiterentwickeln und vom politischen und fachlichen Austausch mit anderen europäischen Städten profitieren.

Das Forum Solidarity Cities wurde 2016 auf Initiative des Bürgermeisters von Athen unter dem Dach des europäischen Städteverbundes Eurocities gegründet, dem Bremen bereits angehört. Bislang sind der Initiative 14 europäische Städte beigetreten, darunter Zürich, Mailand, Nicosia, Leeds, Wien, Athen, Gdansk, Amsterdam, Gent, Barcelona, Florenz, Ljubljana, Stockholm und Leipzig. Der Beitritt Berlins befindet sich in Vorbereitung.

Die Städte setzen sich für einen solidarischen und verantwortungsvollen Umgang mit der Flüchtlingssituation sowie die Zusammenarbeit mit europäischen Partnern ein. Sie heben die politische Bedeutung der Städte bei der Bewältigung der Herausforderungen hervor und

fordern in ihrem Grundsatzpapier, dass die Anstrengungen von Städten bei der Integration von Geflüchteten sowohl politisch als auch finanziell mehr Unterstützung erhalten (Eurocities Statement on Asylum, 2015). Die Initiative will in diesem Sinne Ressourcen bündeln, Kompetenzen teilen und sich politisch für die nachhaltige Integration von Geflüchteten auf kommunaler Ebene einsetzen.

Sie baut auf vier Säulen auf:

1. Informations- und Wissensaustausch zur Situation Geflüchteter in den Städten
2. Einsatz für mehr Mitsprache sowie direkte finanzielle Unterstützung für Städte bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten
3. Gegenseitige technische und finanzielle Unterstützung der Städte untereinander
4. Bereitschaft europäischer Städte zur Aufnahme von Asylsuchenden aus anderen EU-Mitgliedstaaten („relocation“)

Hinweis: Die Initiative Solidarity Cities ist nicht zu verwechseln mit dem zivilgesellschaftlichen Projekt „Eine Stadt für alle“, das über eine Website mit sehr ähnlichem Titel verfügt.

C. Alternativen

Bremen tritt der Initiative Solidarity Cities nicht bei. Dies ist nicht zu empfehlen.

D. Finanzielle / Personalwirtschaftliche Auswirkungen / Gender-Prüfung

Der Beitritt zur Initiative Solidarity Cities verursacht unmittelbar keine Kosten. Etwaige Kosten durch Fachaustausche o.ä. müssen im Rahmen der Haushaltseckwerte der jeweiligen Ressorts dargestellt werden.

Geflüchtete in Bremen, die vom Beitritt Bremens zur Initiative profitieren würden, sind mehrheitlich Männer. Der Anteil geflüchteter Frauen steigt jedoch seit 2015 kontinuierlich an und liegt aktuell bei 46 Prozent. Hinzu kommen Personen, die über den Familiennachzug nach Bremen kommen. Unter ihnen machen Frauen mehr als die Hälfte aus.

E. Beteiligung / Abstimmung

Die Vorlage ist mit der Senatskanzlei, der Senatorin für Finanzen, dem Senator für Inneres und der Bevollmächtigten beim Bund, für Europa und Entwicklungszusammenarbeit abgestimmt.

F. Öffentlichkeitsarbeit / Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz

Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

G. Beschluss

1. Der Senat beschließt entsprechend der Vorlage 2564/19 den Beitritt Bremens zur Initiative Solidarity Cities.
2. Der Senat bittet die Senatorin für Soziales, Jugend, Frauen, Integration und Sport in Abstimmung mit der Senatskanzlei den Beitritt Bremens zur Solidarity Cities Initiative in die Wege zu leiten.